



**2017/2002(INI)**

12.5.2017

# **STELLUNGNAHME**

des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

für den Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten und den  
Ausschuss für Kultur und Bildung

zu einer neuen europäischen Agenda für Kompetenzen  
(2017/2002(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Maria Grapini

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz ersucht die federführenden Ausschüsse, den Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten und den Ausschuss für Kultur und Bildung, folgende Vorschläge in ihren Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt die Vorschläge der Kommission, Maßnahmen zur Weiterentwicklung von Kompetenzen zu treffen, um Bildungsunterschiede und Benachteiligungen während des gesamten Werdegangs eines Menschen abzubauen, wodurch die EU-Bürger in die Lage versetzt werden, wirksam gegen Arbeitslosigkeit vorzugehen und Wettbewerbsfähigkeit und Innovation in der EU zu sichern, macht jedoch auf eine Reihe verwaltungstechnischer Hindernisse aufmerksam, durch die Fortschritte bei der Verwirklichung dieser Ziele verlangsamt werden, was die Mobilität von Berufstätigen, die Anerkennung von Qualifikationen und die Vermittlung von Berufsqualifikationen anbelangt;
2. fordert zu diesem Zweck, dass die Mitgliedstaaten dafür Sorge tragen, dass das Binnenmarktinformationssystem (IMI) ordnungsgemäß funktioniert, einen besseren Datenaustausch ermöglicht und für eine bessere Verwaltungszusammenarbeit sorgt, ohne unnötigen Verwaltungsaufwand zu verursachen, dass sie einfachere und schnellere Verfahren für die Anerkennung von Berufsqualifikationen und in Bezug auf die Anforderungen der kontinuierlichen beruflichen Weiterentwicklung qualifizierter Berufstätiger, die in einem anderen Mitgliedstaat arbeiten möchten, einführen und dass sie jegliche Diskriminierung verhindern; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten insbesondere auf, benachteiligten Bürgern den Zugang zur Weiterentwicklung ihrer Kompetenzen zu erleichtern, indem geprüft wird, ob spezifische Instrumente eingeführt werden müssen, beispielsweise örtliche EU-Informationszentren und spezifische Indikatoren im Referenzrahmen für Schlüsselkompetenzen, um den Bedürfnissen benachteiligter Gruppen Rechnung zu tragen;
3. weist darauf hin, dass der Abbau des Kompetenzdefizits und des Missverhältnisses von auf dem Arbeitsmarkt angebotenen und nachgefragten Kompetenzen sowie die Förderung von Möglichkeiten der sozialen Mobilität, auch im Rahmen von beruflicher Bildung und der Lehrlingsausbildung, von größter Bedeutung dafür sind, insbesondere in KMU und im Handwerk dauerhaftes Wachstum, den sozialen Zusammenhalt, die Schaffung von Arbeitsplätzen, Innovation und das Unternehmertum zu fördern; legt den Mitgliedstaaten daher nahe, die berufliche Bildung nach Maßgabe der Anforderungen der Wirtschaft zu fördern;
4. erachtet es unverändert als wichtig, Programmen für die allgemeine und berufliche Bildung, für die Aus- und Weiterbildung und für die Schaffung von Ausbildungsplätzen auch künftig Priorität einzuräumen und Unternehmer, insbesondere KMU, in die Ausarbeitung der einschlägigen Programme einzubeziehen; weist erneut darauf hin, dass das Projekt „Europäischer Pakt für die Jugend“ darauf ausgerichtet ist, die Partnerschaft zwischen der Wirtschaft und den Bildungseinrichtungen zu stärken;
5. fordert die Kommission auf, die nationalen Qualifikationsrahmen zu analysieren, und regt an, sie an die sich wandelnden Anforderungen anzupassen, die durch neue Berufe entstehen; bekräftigt, dass die Mitgliedstaaten die Lehrkräfte unterstützen müssen, indem

der Zugang zu Informationen über Spitzentechnologien erleichtert wird, und weist zu diesem Zweck erneut auf die von der Kommission ausgearbeitete Plattform eTwinning hin;

6. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, Möglichkeiten zu prüfen, wie bewährte Verfahren im Bereich Bildung ausgetauscht werden können, auch durch die Ausarbeitung branchenspezifischer Plattformen;
7. fordert die Mitgliedstaaten auf, in ihre Bildungsprogramme unternehmerische Fähigkeiten, Managementkompetenzen, Finanzwissen und die Nutzung von Kommunikationstechnologien aufzunehmen, damit eine engagierte und tatkräftige Bürgerschaft heranwachsen kann; betont, dass Freiwilligentätigkeiten, Praktika und Schulungen überaus wichtig sind, wenn es gilt, in den immer stärker vernetzten und kulturell vielfältigen Volkswirtschaften neue innovative Branchen herauszubilden;
8. vertritt die Auffassung, dass sich Erfolge im Bereich der beruflichen Fähigkeiten nur erzielen lassen, wenn die Sozialpartner einerseits und lokale und regionale Gebietskörperschaften und nationale staatliche Stellen andererseits effizient miteinander kommunizieren, um offene Stellen und die Nachfrage nach beruflichen Fähigkeiten besser miteinander in Einklang zu bringen;
9. fordert die Kommission auf, unternehmerische Tätigkeiten und Innovationsprojekte, die darauf abzielen, inklusive Bildung für alle anzubieten, in angemessener Form moralisch und finanziell zu unterstützen;
10. weist erneut darauf hin, dass die EU in den Bereichen Wissen, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit eine Führungsposition einnimmt und in der EU wie kaum anderswo in der Welt Beschäftigung, soziale Absicherung und die Interessen der Wirtschaft miteinander im Einklang stehen, stellt aber auch fest, dass es nach wie vor erheblichen Spielraum für weitere Verbesserungen gibt; hebt hervor, dass die Entwicklung von Fähigkeiten in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) und im Fach Kunst in den Grundschulen und, falls möglich, auch schon früher gefördert werden sollte;
11. fordert die Kommission auf, die Entwicklung digitaler Kompetenzen, die funktionale Alphabetisierung und den Erwerb globaler Kompetenzen in allen Altersgruppen in erheblichem Maße zu fördern, damit die Möglichkeiten des digitalen Binnenmarkts – insbesondere in den Bereichen Cloud-Computing, Plattformen, Massendaten, kollaborative Wirtschaft – unabhängig vom Beschäftigungsverhältnis sowie die Chancen und Herausforderungen in Bezug auf die zunehmende Automatisierung in vollem Umfang genutzt werden können, was ein Anfang wäre, um Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt besser aufeinander abzustimmen und gegen die Arbeitslosigkeit vorzugehen; fordert die Kommission zu diesem Zweck auf, die Finanzmittel der EU-Rahmenprogramme und des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSD) aufzustocken, um eine von Inklusion, Innovation und kritischem Denken geprägte Gesellschaft in der EU zu fördern, damit alle Bürgerinnen und Bürger, insbesondere Menschen, die in prekären sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen oder in abgelegenen Gebieten leben, Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen und Arbeitslose, uneingeschränkt an der Gesellschaft teilhaben und vollständig in den Arbeitsmarkt einbezogen werden können;

12. begrüßt den Vorschlag der Kommission, die Mitgliedstaaten nachdrücklich aufzufordern, umfassende nationale Strategien für digitale Kompetenzen auszuarbeiten, und fordert die Kommission auf, Methoden für die Anerkennung und Bewertung neuer Berufe in der Digitalwirtschaft vorzuschlagen und zu prüfen, welche Finanzierungsvereinbarungen sich für den neuen Bildungsrahmen für digitale Kompetenzen eignen;
13. befürwortet die von der Kommission im Rahmen des Pilotprogramms für sechs Branchen vorgelegte Blaupause zur Branchenzusammenarbeit für Kompetenzen und spricht sich dafür aus, dieses Vorhaben genauer auszuarbeiten.

## ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

<b>Datum der Annahme</b>	11.5.2017
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+:               30 -:                4 0:                3
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Dita Charanzová, Carlos Coelho, Anna Maria Corazza Bildt, Daniel Dalton, Nicola Danti, Dennis de Jong, Pascal Durand, Ildikó Gáll-Pelcz, Evelyne Gebhardt, Sergio Gutiérrez Prieto, Robert Jarosław Iwaszkiewicz, Antonio López-Istúriz White, Eva Maydell, Jiří Pospíšil, Virginie Rozière, Christel Schaldemose, Andreas Schwab, Olga Sehnalová, Jasenko Selimovic, Ivan Štefanec, Catherine Stihler, Róza Gräfin von Thun und Hohenstein, Mylène Troszczynski, Anneleen Van Bossuyt, Marco Zullo
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter</b>	Lucy Anderson, Pascal Arimont, Birgit Collin-Langen, Edward Czesak, Lidia Joanna Geringer de Oedenberg, Kaja Kallas, Arndt Kohn, Julia Reda, Adam Szejnfeld, Marc Tarabella, Ulrike Trebesius
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 200 Abs. 2)</b>	Anne-Marie Mineur

## NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

30	+
ALDE	Dita Charanzová, Kaja Kallas, Jasenko Selimovic
ECR	Anneleen Van Bossuyt
EFDD	Marco Zullo
PPE	Pascal Arimont, Carlos Coelho, Birgit Collin-Langen, Anna Maria Corazza Bildt, Ildikó Gáll-Pelcz, Antonio López-Istúriz White, Eva Maydell, Jiří Pospíšil, Andreas Schwab, Adam Szejnfeld, Róza Gräfin von Thun und Hohenstein, Ivan Štefanec
S&D	Lucy Anderson, Nicola Danti, Evelyne Gebhardt, Lidia Joanna Geringer de Oedenberg, Sergio Gutiérrez Prieto, Arndt Kohn, Virginie Rozière, Christel Schaldemose, Olga Sehnalová, Catherine Stihler, Marc Tarabella
VERTS/ALE	Pascal Durand, Julia Reda

4	-
ECR	Edward Czesak, Daniel Dalton, Ulrike Trebesius
ENF	Mylène Troszczynski

3	0
EFDD	Robert Jarosław Iwaszkiewicz
GUE	Anne-Marie Mineur, Dennis de Jong

### Erläuterungen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltung